

Kiez in Aufruhr: Containerdorf oder Uni-Bau?

Proteste gegen Flüchtlingscontainer auf Unigelände in Berlin-Dahlem: Wird die Woke-Fassade bröckeln? Konflikte zwischen Senat und Uni sorgen für Aufsehen. #Flüchtlinge #Berlin #Proteste #Uni #Containerdorf

Das Grundstück an der Thielallee 63 in Berlin-Dahlem, das als Parkplatz genutzt wird, könnte bald als Containerdorf für 260 Flüchtlinge dienen. Die Pläne des Senats stoßen jedoch auf Widerstand, insbesondere von der Freien Universität (FU). Die FU zeigt sich empört darüber, dass die Entscheidung ohne ihre Zustimmung getroffen wurde. Der Präsident der Universität, Günter Ziegler, betont, dass die Hochschulleitung nicht in die Planung einbezogen wurde und von den Senatsplänen erst aus der Zeitung erfuhr.

Die FU ist grundsätzlich bereit, geflüchtete Menschen nach ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Bereits in der Vergangenheit hat die Universität kurzfristig Notunterkünfte für Flüchtlinge bereitgestellt. Jedoch wird darauf hingewiesen, dass das Grundstück nach 2023 für eigene Baumaßnahmen benötigt wird. Die Universität schlägt vor, leerstehende Gebäude der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in der Nähe als Alternative für die Flüchtlingsunterbringung zu nutzen.

Der Sonderbeauftragte für Flüchtlingsfragen beim Senat, Broemme, sucht intensiv nach freien Flächen für die Unterbringung von Flüchtlingen. Er betont die Notwendigkeit, das brachliegende Grundstück für die kurzfristige Flüchtlingsunterbringung zu nutzen. Der Senat hat Ende März beschlossen, 16 weitere Containerdörfer zu errichten, da der

Bedarf an Unterkünften für Flüchtlinge weiterhin hoch ist.

Die geplanten Standorte für die Containerdörfer erstrecken sich größtenteils auf den Ostteil der Stadt, wobei einige Bezirke bereits einen Großteil der Hauptstadtbewohner aufnehmen. Dies führt zu einem Ungleichgewicht in der Verteilung der Flüchtlinge. Der Unmut über den Widerstand der FU und anderer vornehmer Stadtteile zeigt sich in den sozialen Medien, wo Nutzer die Universität für angebliche Inkonsistenzen bei der Unterstützung von Flüchtlingen kritisieren.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de